



Stadtratsfraktion

Mainz, 16.11.2020

Antrag 2103/2020 zur Sitzung Stadtrat am 18.11.2020**Begleit Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Haushaltsentwurf 2021/2022
(CDU)****Der Stadtrat möge beschließen:**

Die aktuelle Corona-Pandemie stellt unsere Stadt vor eine gewaltige Herausforderung. Sie ist nicht nur für das politische System, sondern auch die Gesellschaft und die Wirtschaft eine echte Bewährungsprobe. Die negativen Auswirkungen spüren wir schon jetzt und sie werden sich in Zukunft wohl noch verschärfen.

In einigen Bereichen macht sich dies besonders bemerkbar. So stehen nicht nur die Gastronomen, der Einzelhandel und die Schausteller, sondern auch die Kunstschaffenden und der soziale Bereich vor enormen Schwierigkeiten. Einige bangen sogar um ihre Existenz. Hier muss die Stadt ergänzende nötige Schritte unternehmen und weitere Hilfen bereitstellen.

Für Mainz ist diese Entwicklung besonders hart, denn in den vergangenen Jahren hat sich die finanzielle Lage etwas gebessert. Durch die Corona-Krise sind diese Bemühungen jedoch hinfällig. Es zeigt sich, dass die Stadt in der zuletzt florierenden wirtschaftlichen Lage besser eine kleine Reserve für den nun bevorstehenden Corona-Winter angelegt hätte. Es wäre ratsam gewesen, wenn die Stadt dem Anliegen der CDU gefolgt wäre und sich beim Land Rheinland-Pfalz viel massiver für eine angemessene kommunale Finanzausstattung eingesetzt hätte. Stattdessen wurde diese Chance vertan. Zwar werden die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie im aktuellen Haushaltsjahr durch die hohen Bundeszuschüsse noch ein wenig aufgefangen, aber in den kommenden Jahren ist damit nicht mehr zu rechnen.

Über die finanzielle Situation hinaus, bleiben die alten Herausforderungen weiterhin bestehen. Digitalisierung, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der Ausbau des ÖPNV und die Bekämpfung des Klimawandels sind die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Hier gilt es, die Anstrengungen zu intensivieren, um diese trotz der angespannten wirtschaftlichen Situation zu meistern. Das bedeutet, dass die Stadt verantwortungsbewusst mit den Steuergeldern umgehen muss. Umso wichtiger ist es, kein Geld für überflüssige Prestigeprojekte rauszuwerfen und stattdessen die richtigen Prioritäten zu setzen.

Für die CDU-Stadtratsfraktion sehen diese folgendermaßen aus:

BAUEN

Die Wohnraumsituation in Mainz ist weiterhin extrem angespannt. Die Mietpreise steigen seit Jahren steil an und ein Ende dieses Trends ist nicht in Sicht. Auch die Kaufpreise folgen dieser Tendenz. Junge Familien und Geringverdiener können sich den Traum des Eigenheims schon längst nicht mehr leisten und auch die Mieten sind kaum noch zu bezahlen. Die einzige Möglichkeit diesen Trend zu brechen und die Situation nachhaltig zu verbessern ist es, das Angebot von Wohnraum auszuweiten. Aus diesem Grund muss die Schaffung eines neuen Stadtteils endlich vorangetrieben werden. Dafür sind 1 Millionen Euro in den Haushalt einzustellen. Nur so kann in Zukunft genügend Wohnraum geschaffen werden.

Eine weitere Möglichkeit begehrtes Bauland zu erschließen, ist die Entwicklung des Baugebiets in Ebersheim. Diese Maßnahme befindet sich seit langem im Gespräch und muss endlich umgesetzt werden. Auch hierfür sind Planungsmittel einzustellen.

Um diese beiden zukunftsfähigen Projekte finanzieren zu können, ist es notwendig, vermeidbare Kosten einzusparen. Die Sanierung des Rathauses ist der dominierende Posten im ganzen Haushalt und bietet deshalb das größte Einsparpotenzial. Die Kosten wurden von Anfang an nicht ehrlich geplant. Nachdem anfänglich eine Kostenprognose von weniger als 50 Millionen Euro vorgelegt wurde, wurde sie schleichweise auf 65 und 70 Millionen Euro angehoben. Die aktuelle Schätzung beläuft sich schon auf rund 100 Millionen Euro, wobei noch nicht mal mit dem Rückbau begonnen wurde, der noch einige unentdeckte Kosten mit sich bringen dürfte. An dieser Stelle widerspricht der Haushalt wesentlichen Haushaltsgrundsätzen, wie der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit. Denn obwohl jetzt schon klar ist, dass die Sanierung des Rathauses 100 Millionen Euro kosten wird, sind nur 72 Millionen Euro dafür eingestellt. Hier werden die Mainzer Bürgerinnen und Bürger bewusst getäuscht und Steuergelder für ein Prestigeprojekt verschwendet. Aus diesem Grund ist das Projekt zu stoppen. Die auf Seite 277 eingestellten konsumtiven Leistungen sowie die auf Seite 300ff. 72 Millionen Euro für die Rathaussanierung sind deshalb zu streichen.

Auch müssen die Wohnstrukturen neu gedacht werden und an die heutige Zeit angepasst werden. Die Welt ist globaler und flexibler geworden. Distanzen spielen keine so große Rolle wie einst und Menschen wechseln häufig ihre Wohnorte. Traditionelle Familienstrukturen sind daher längst nicht mehr so dominierend an der Tagesordnung. Doch bei vielen älteren Menschen besteht der Wunsch, in der Nähe von jungen Menschen zu leben. Auch jüngere Menschen, deren Eltern oder Großeltern nicht mehr in derselben Stadt leben, suchen heute wieder verstärkt die Nähe und Unterstützung von älteren Menschen. Durch das Zusammenleben mehrerer Generationen können alle auf unterschiedlichste Art und Weise voneinander profitieren. Aus diesem Grund fordern wir die Intensivierung des Mehrgenerationenwohnens. Eine städtische Wohnungsbörse kann dazu beitragen, dass Single-Senioren und junge Familien die passenden Wohnungen für ihren Lebensabschnitt finden. Dabei geht es um mehr als das, was die Wohnbau ihren Mietern anbietet.

SCHULE UND BILDUNG

Eine gute Bildung und Ausbildung ist die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben gemäß den eigenen Wünschen und Bedürfnissen. Gleichzeitig bildet dies das Fundament für den wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand unserer Gesellschaft. Um allen Kindern die bestmöglichen Voraussetzungen für ihren Lernerfolg zu schaffen, müssen die Schulen nach neusten Standards ausgestattet sein. Dazu gehört im großen Maße auch die digitale Ausstattung. Denn fest steht: Moderne Bildung braucht mehr als Lesen, Schreiben und Rechnen. Auch digitale Kompetenzen müssen in der heutigen Zeit vermittelt werden. Das funktioniert nicht mit verstaubten Büchern und defekten Overheadprojektoren. Vielmehr benötigt es flächendeckendes WLAN, Medienkonzepte, digitale Endgeräte und einen zuverlässigen IT-Support. Auf diesem Gebiet hat die Stadt massiven Nachholbedarf. Deshalb müssen Mittel aus dem Digitalpakt abgerufen werden und die Digitalisierung der Schulen mit Nachdruck verfolgt werden.

Damit der Lernerfolg der Kinder garantiert werden kann, müssen grundlegende Leistungen, wie die Schulbuchausleihe und der Schülertransport, zuverlässig erbracht werden. Diese Bereiche weisen jedoch ein hohes Defizit auf. Die Stadt muss sich deshalb beim Land für eine bessere finanzielle Ausstattung in diesem Bereich stark machen und auch über eine Klage nachdenken.

Die Kinder müssen sich in den Schulen aber auch wohlfühlen. Um eine günstige Lernumgebung zu schaffen, sollen Schulhöfe entsiegelt und begrünt werden. Das erhöht nicht nur die Aufenthaltsqualität, sondern leistet auch einen Beitrag zur Verbesserung des Mikroklimas. Deshalb soll der entsprechende Stadtratsbeschluss schnellstmöglich umgesetzt werden.

Um diesen Anforderungen Rechnung zu tragen, ist eine intensive Kommunikation zwischen den Schulen und dem Schulamt erforderlich. Dass dies augenblicklich nicht so richtig funktioniert, zeigt die Beantwortung unserer Anfrage zur Schuldigitalisierung, die in vielen Fragen nicht konkret beantwortet werden konnte. Dafür muss das Schulamt hinreichend personell ausgestattet sein. Derzeit werden offene Stellen jedoch zu langsam besetzt. Eine schnellere Besetzung offener Stellen ist von der Verwaltung anzustreben.

KULTUR

Die Stadt Mainz ist reich an kulturellen Institutionen, baulichen Denkmälern und künstlerischen und historischen Zeugnissen. Das kulturelle Erbe in Mainz gilt es zu bewahren. Deshalb müssen die historischen Schätze für die nachfolgenden Generationen erhalten und erlebbar gemacht sowie städtische Einrichtungen wie das Stadtarchiv personell angemessen ausgestattet werden.

Das Staatstheater ist von den massiven Einschnitten im Zuge der Corona-Krise schwer betroffen. Hier wird zu beobachten sein, ob die Prognosen, die auf dem Normalbetrieb beruhen, gehalten werden können und in welchem Maße nachgesteuert werden muss.

Das Gutenberg-Museum ist einer der größten Posten im Haushalt. Es ist begrüßenswert, dass die Arbeitswerkstatt in diesem Jahr zu einem Abschluss gekommen ist und die Pla-

nungen nun weitergeführt werden können. Nun muss von der Verwaltung zügig ein konkreter Zeitplan, eine ehrliche Kostenprognose und eine inhaltlich angepasste Konzeption aufgestellt werden. Auch die Frage der Trägerschaft ist endgültig zu klären. In einer ersten Kostenprognose hat Kulturdezernentin Marianne Grosse Mittel in Höhe von 5 Millionen Euro gefordert. Im Haushalt sind allerdings nur 500.000 Euro erkennbar eingestellt. Es muss transparent gemacht werden, wann bzw. in welcher Form die angekündigten Mittel von 5 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Neben den großen kulturellen Institutionen in Mainz dürfen die kleineren Initiativen und Solo-Selbstständigen der Kulturschaffenden nicht aus dem Blickfeld geraten. Sie sind einer der großen Verlierer der Corona-Krise und es gilt sie auch weiterhin tatkräftig zu unterstützen. In der Krise erfüllt der Kulturbetrieb eine wichtige soziale Funktion in unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund muss auch der Verein KULTURBÄCKEREI Initiative für ein Soziokulturelles Zentrum in der Mainzer Neustadt e. V. bei seiner täglichen Arbeit unterstützt werden. Um den Betrieb während der Übergangszeit in die neuen Räumlichkeiten sicherzustellen, sollen jährlich 30.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden.

JUGEND UND SOZIALES

Immer weitere Aufgabenverlagerungen auf die kommunale Ebene führen zu einem steigenden Defizit. Während die gesetzlichen Ansprüche angehoben werden, bleibt die finanzielle Ausstattung weit hinter diesen zurück. Das jährliche Defizit beträgt allein bei den städtischen Kindertagesstätten im Jahr 2021 rund 34 Millionen Euro, im Jahr 2022 rund 36 Millionen Euro und es wächst stetig an.

Wer Rechtsansprüche schafft, muss auch die Finanzausstattung der Stadt anpassen. Das Land erfüllt diesen Anspruch seit vielen, vielen Jahren nur sehr unzureichend.

So führt die Umsetzung des Kita-Zukunftsgesetzes zu einer erheblichen Mehrbelastung der Kommune. Zudem droht, dass Freie Träger ihr Angebot nicht aufrechterhalten können, denn das neue Landesgesetz hat zu einer erheblichen Verunsicherung geführt.

Es ist sicherzustellen, dass die Kitas in Freier Trägerschaft erhalten bleiben. Dies gelingt unter anderem nur, wenn die Stadt von den Kitas Teile des Trägeranteils übernimmt. Es ist nicht zu verantworten, dass weitere Kitas geschlossen werden oder Plätze verloren gehen, die zur Erfüllung der Rechtsansprüche dringend erforderlich sind.

Die Ergebnisse der Organisationuntersuchung zeigen, an welche Stellen Handlungsbedarf besteht, um eine moderne Ausgestaltung der Arbeit zu erreichen. Diese Ergebnisse müssen, insbesondere im Bereich der gesamten Kitaplatzvergabe, zügig umgesetzt werden. In diese Gespräche sind die Freien Träger einzubeziehen. Dafür sind ausreichend Mittel in den Haushalt einzustellen.

Um einen bedarfsgerechten Ausbau garantieren zu können, brauchen die Elterninitiativen mehr Unterstützungen. Deshalb sind die Betriebskosten, die zuletzt vor über einem Jahrzehnt angepasst wurden (2008), um 50 Euro pro Kind und Platz zu erhöhen.

Die betrieblichen Betreuungsangebote sind auszubauen, ebenso muss eine 24-Stunden-Kita geschaffen werden.

Das Konzept der Frischküchen in Kitas ist grundsätzlich sehr wünschenswert. In einem Pilotprojekt soll eine Frischküche in der Kita Alte Patrone eingerichtet werden. Bereits heute müssen für weitere (Cluster)Küchen Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro eingestellt werden.

Seniorinnen und Senioren wollen so lange wie möglich selbstständig im eigenen Wohnumfeld leben. Die offene Seniorenarbeit ist wichtig und muss in den nächsten Jahren in allen Stadtteilen zum Kernbestand der Arbeit gehören.

Um Einrichtungen des öffentlichen Lebens und Angebote für Seniorinnen und Senioren fußläufig erreichen zu können, ist eine höhere Anzahl an Sitzbänken notwendig. Mit dem Projekt „BeSITZbare Stadt“ wird das Aufstellen von Sitzbänken gefördert. Leider reichen die veranschlagten Mittel von 15.000 Euro bei weitem nicht aus. Der Ansatz muss auf 100.000 Euro erhöht werden.

Sichergestellt werden muss, dass Menschen ohne festen Wohnsitz auch in den nächsten Jahren in Mainz gut betreut werden. Die vielen ehrenamtlichen Kräfte brauchen Unterstützung. Gerade in den Wintermonaten muss auch in Zukunft eine ausreichende Zahl von Schlafplätzen vorhanden sein. Die Bereitstellung von einfachsten Wohnungen bei der Wohnbau Mainz muss sichergestellt werden.

UMWELT UND GRÜN

Ausstoß von Treibhausgasen senken, Folgen der Klimaänderung mindern

Der Schutz von Umwelt und Natur ist eines der zentralen Themen der Politik und wird in den kommenden Jahren noch an Relevanz gewinnen. Die Umwelt muss geschützt werden, um dem Klimawandel entgegenzuwirken und unseren Kindern eine intakte Welt zu hinterlassen. Die notwendigen Maßnahmen müssen nicht nur auf Bundesebene, sondern insbesondere auch auf kommunaler Ebene ergriffen werden. Mainz muss seine Verantwortung wahrnehmen und den Umwelt- und Klimaschutz aktiv vorantreiben. Ziel ist eine klimaneutrale Verwaltung bis 2035. Das Handeln der Kommune muss Maßstab und Vorbild bei der Umsetzung des Masterplanes 100 % Klimaschutz sein.

Städtisches Grün steigert die Aufenthaltsqualität von öffentlichen Flächen und verbessert das Mikroklima. Drei Trockenperioden in Folge haben deutlich gemacht, dass zukünftig ein enormer Mehraufwand bei der Baumpflege, bei Baumfällungen und Nachpflanzungen sowie beim Nachkommen der Verkehrssicherungspflicht entstehen wird. Es werden in Zukunft mehr Flächen gepflegt werden und deren Pflege intensiviert werden. Die im Haushalt vorgesehenen Mittel sind um 300.000 Euro zu erhöhen.

Denselben positiven Effekt wie städtisches Grün haben auch Brunnenanlagen und Wasserläufe zur Minderung der Folgen der Klimaänderung. In den vergangenen Jahren wurde an diesem Punkt gespart. Brunnen wurden nur betrieben, wenn genügend Spenden eingegangen sind. Teilweise konnten Brunnen wegen technischer Defekte gar nicht betrieben

werden. Dieser Zustand ist nicht nur für die Mainzer Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die Touristen und Besucherinnen und Besucher der Stadt höchst unbefriedigend. Deshalb sollen die Mittel für den Bereich Brunnenanlagen um 600.000 Euro erhöht werden, mit dem Ziel, dass alle städtischen Brunnen betrieben und neue Brunnen errichtet werden können.

Ferner soll als Vorbildprojekt zur Minderung des Treibhausgasausstoßes das Reviergebäude in der Otto-Brunfels-Schneise aufgegeben und am Standort des Grünamtes neu errichtet werden. Die dadurch freiwerdende Fläche im Bereich des Volksparks könnte zur Finanzierung einer baulichen Nutzung (Wohnbebauung) zugeführt werden.

VERKEHR

Die verkehrliche Situation bleibt in Mainz eines der größten Handlungsfelder. Die Straßen sind häufig in einem sehr schlechten Zustand, der Parkraum wird immer knapper und neuerdings werden die Bürgerinnen und Bürger durch die Tempo-30-Regelungen auf den Hauptverkehrsachsen massiv ausgebremst.

Die Sperrung der Theodor-Heuss-Brücke Anfang des Jahres hat verdeutlicht, wie störanfällig und sensibel die verkehrlichen Beziehungen der Städte Mainz und Wiesbaden sind. Um die Situation in Mainz zu verbessern und die Innenstadt nachhaltig von Durchgangsverkehr zu entlasten, ist es notwendig, eine weitere Brücke über den Rhein zu errichten. Aus diesem Grund sind Planungskosten für eine neue Straßenbrücke über den Rhein einzustellen.

Erfreulich ist, dass der Fahrradverkehr in Mainz immer weiter zunimmt. Das ist ein richtiges Zeichen für den Klimaschutz und die Gesundheit der Menschen. Leider kommt es durch diesen Anstieg zunehmend zu brenzligen Situationen mit Fußgängern. Um die Straßen in Mainz sicherer zu machen und die Menschen zu schützen, ist es notwendig, das Verkehrsüberwachungsamt personell aufzustocken. Deshalb sind vier neue Stellen im Verkehrsüberwachungsamt für Fuß- und Radverkehrskontrollen zu schaffen.

Diese Einzelmaßnahmen müssen jedoch in ein kombiniertes Verkehrskonzept integriert werden, welches alle unterschiedlichen Verkehrsträger (Individualverkehr, ÖPNV, Fahrradverkehr und auch Fußgängerverkehr) umfasst. Nur mit einem solchen Konzept kann die Situation aller Verkehrsteilnehmer in einer Verbindung weiterentwickelt und verbessert werden. Für die Erstellung eines solchen Konzepts sollen 1 Millionen Euro eingestellt werden.

Um den Zustand der Straßen zu verbessern und dem Sanierungsstau der Infrastruktur entgegenzuwirken, sollen darüber hinaus die Mittel zur Sanierung von Gemeinde- und Kreisstraßen um 1 Millionen Euro erhöht werden.

Wirtschaft

Mainz hat hervorragende Möglichkeiten, um als Wirtschaftsstandort im prosperierenden Rhein-Main-Gebiet erfolgreich zu sein. Deshalb muss der Standort weiter gestärkt werden. Um dies zu erreichen und die vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können, ist eine Stärkung der städtischen Wirtschaftsförderung dringend erforderlich. Wir begrüßen es deshalb sehr, dass mit dem Konzept „Wirtschaft in Mainz 2020+“ ein klarer Plan vorgelegt wurde und die benötigten Stellen sowie die Arbeitsschwerpunkte benannt wurden. Mit den drei von der Verwaltung für diesen Doppelhaushalt beantragten bzw. geplanten Stellen können die ersten Aufgaben angegangen werden. Klar ist aber, dass in den kommenden Jahren dieser Bereich noch weiter ausgebaut werden muss. Auch das Technologiezentrum Mainz (TZM) muss von Seiten der Stadt nachhaltig unterstützt werden, um die Potentiale bei technologieorientierten Gründungen zu nutzen.

Die Corona-Pandemie hat massive Auswirkungen auf viele Bereiche der Wirtschaft. In den letzten Monaten hat die Stadt Mainz viel unternommen, um den betroffenen Betrieben und Einrichtungen, zum Beispiel im Einzelhandel und in der Gastronomie, zu helfen. Die Hilfen waren richtig und sinnvoll. Das gilt auch für die Einrichtung eines „Aktionsstabs Wirtschaft“, in dem unter der Leitung des Wirtschaftsdezernates Vertreter betroffener Bereiche, wie etwa der Einzelhandel, die Gastronomie, der Tourismus oder die Schausteller, sowie wichtige Institutionen (IHK, HWK, Agentur für Arbeit) vertreten sind. Angesichts der Tatsache, dass die Pandemie und die damit verbundenen Folgen vermutlich noch eine ganze Zeit andauern werden, werden sowohl die Hilfen als auch der „Aktionsstab Wirtschaft“ fortgesetzt. Die CDU unterstützt diese Maßnahmen, die eine wichtige Ergänzung zu den umfangreichen Hilfen des Bundes sind.

Ungenutzte Chancen verstecken sich im Immobilienmanagement der Stadt Mainz. Bislang bestehen in diesem Bereich Doppelstrukturen. Deshalb muss es das Ziel sein, diese abzubauen und die Aufgaben in einem Amt zu bündeln und die Ressourcen effizienter zu nutzen. Diese Bündelung soll im für Liegenschaften zuständigen Amt 80 erfolgen.

Begründung:

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Hannsgeorg Schönig
Fraktionsvorsitzender